

10. Der Euro – Vor- oder Nachteil für Europa?

ANDREAS BUSCH

Ob der Euro – die gemeinsame Währung, die zunächst 11, heute 19 der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 1. Januar 1999 eingeführt haben – ein Vor- oder ein Nachteil für Europa ist, das ist eine »100.000 Dollar-Frage«. So nennt man in den USA Fragen, die sehr wichtig, aber eigentlich nicht seriös zu beantworten sind, jedenfalls nicht mit einem einfachen Ja oder Nein. Denn die Gefahr ist groß, dabei entweder in undifferenziertes Lob zu verfallen oder im Euro die Ursache für alle (zumindest wirtschaftspolitischen) Probleme zu sehen, denen sich einzelne Länder oder die gesamte Europäische Union gegenwärtig gegenübersehen. Im Jahr 2009, zum zehnten Jubiläum der gemeinsamen Währung, lag die Tendenz eher beim Lob. Die pessimistischen Voraussagen vor dem Start in die Währungsunion – mit Bezug vor allem auf die ökonomischen Theorien optimaler Währungsräume, denen die Eurozone nicht entsprach, sowie auf einen Mangel an gemeinsamer Identität, die die Voraussetzung für notwendige Gemeinsamkeit beim politischen Handeln sei – hätten sich nicht erfüllt, so der Tenor damaliger Untersuchungen. Vielmehr hätten sich positive Effekte bei der Anpassung der sozialstaatlichen Modelle ergeben, und die neue Europäische Zentralbank sei als legitimer neuer Akteur akzeptiert worden, sowohl von der Politik als auch von den Märkten. Doch die Staatsschuldenkrise im Euroraum, die bereits kurz danach zu krisenhaften Entwicklungen in einer ganzen Reihe von Ländern wie Irland, Spanien, Portugal und Griechenland führte, umfangreiche finanzielle Hilfsmaßnahmen erforderte und Befürchtungen hinsichtlich des Bestehens der gemeinsamen Währung auslöste, hat in den letzten Jahren ein deutlich negativeres Bild des Euro entstehen lassen und zu erheblichen politischen Kontroversen um die Währung beigetragen. Um zu einem abgewogenen Urteil zu gelangen, geht dieser Aufsatz daher in drei Schritten vor. In einem ersten Teil nehmen wir eine Vergewisserung über die Währungsunion vor. Was waren die Probleme, die man mit Hilfe einer gemeinsamen Währung lösen wollte und derenwegen man eine Währungsunion anstrebte? Daran schließen sich drei kurze Fallstudien an, die die Erfahrungen dreier Länder (Bundesrepublik Deutschland, Griechenland und Irland) mit dem Euro über die letzten knapp zwanzig Jahre schildern. Schließlich werfen wir einen Blick auf die Auswirkungen des Euro auf der globalen Ebene – hat der Euro hier das Ziel, die Dominanz des US-Dollar zu brechen, erreichen können?

■ Gründe für die Währungsunion

Die Aufgabe der eigenen Währung ist ein Verzicht auf einen erheblichen Teil an nationaler Souveränität. Warum haben sich so viele Staaten der Europäischen Union entschieden, ihre nationa-



Abb. 1 »Europas Säulen«

© Gerhard Mester, 2016

len Währungen aufzugeben und sich einer gemeinsamen europäischen Währung anzuschließen? Dafür muss es gute Gründe gegeben haben. Die Idee einer gemeinsamen europäischen Währung geht zumindest bis zum Beginn der 1970er Jahre zurück. Damals veröffentlichte ein Gremium unter Führung des luxemburgischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Pierre Werner einen Bericht, der die Einführung einer solchen Währung empfahl und einen Zeitplan vorschlug. Doch der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse (»System von Bretton Woods«) im Jahr 1973 verhinderte die Umsetzung. Die nationalen Währungen konnten sich nun frei gegeneinander bewegen, statt (wie bisher) nur in einem eng umgrenzten Maß. Entgegen den vorher geäußerten Erwartungen führte dies jedoch nicht zu weniger, sondern zu stärkeren Währungsschwankungen – und als Folge zur Behinderung des Handels, da bei beständig schwankenden Wechselkursen alle grenzüberschreitenden Wirtschaftstransaktionen einem hohen Risiko unterlagen.

Insbesondere die Länder der damals noch sogenannten Europäischen Gemeinschaften waren von diesen Behinderungen stark betroffen, da sie in hohem und wachsendem Maß durch Handel miteinander verbunden waren. Ihr explizites Hauptziel war die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands. Im Jahr 1979 kam es deshalb zu einer deutsch-französischen Initiative für ein Europäisches Währungssystem (EWS), das die Wechselkursschwankungen zwischen den Währungen der teilnehmenden Staaten begrenzen sollte. Dieses System funktionierte trotz gelegentlicher Krisen im Großen und Ganzen gut und erbrachte die erhoffte Glättung der Wechselkursschwankungen; die dadurch erfolgte Ausrichtung auf ähnliche wirtschaftspolitische Ziele (zur Aufrechterhaltung dieser positiven Folgen) sowie die erfolgreiche Einführung des einheitlichen Binnenmarkts im Rahmen der EG beförderte ab den späten 1980er Jahren auch die erneute Diskussion um eine Währungsunion.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften legte zu Beginn der 1990er Jahre dann eine große Studie vor, in der sie die potentiellen Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion wissenschaftlich untersuchen ließ. Die Studie prognostizierte als wahrscheinliche Folgen eines solchen Schrittes erhöhte wirtschaftliche Effizienz und betonte die Komplementarität der einheitlichen Währung zum einheitlichen Binnenmarkt. Durch die Übertragung der Geldpolitik an eine einzige Zentralbank, die von der Politik unabhängig und am Ziel der Geldwertstabilität orientiert sei, werde das Ziel niedriger Inflation sowie erhöhter gesamtwirtschaftlicher Stabilität besser erreicht als unter Bedingungen jeweils nationaler Geldpolitiken. Und schließlich böten sich wirtschaftliche Chancen und Risiken für alle Regionen der zukünftigen Währungsunion – eine genaue Voraussage, wer besonders profitieren werde, sei allerdings nicht möglich. Hingegen bestehe gerade für die wirtschaftlich schwächsten Regionen der Europäischen Gemeinschaft eine besonders große Chance, rasch aufzuholen. Ein letzter Grund für Bestrebungen nach einer gemeinsamen Währung war schließlich der Wunsch vieler europäischer Regierungen, ein globales Gegengewicht zum US-Dollar zu schaffen. Der US-Dollar, der neben seiner Rolle als nationale Währung gleichzeitig die Funktion der globalen Reservewährung einnehme, verschaffe – so die Meinung etwa des französischen Finanzministers der 1960er Jahre und späteren Präsidenten, Valéry Giscard d'Estaing – den Vereinigten Staaten das außerordentliche Privileg, sich in ihrer eigenen Währung verschulden zu können. Eine einheitliche europäische Währung, so das Kalkül, könnte die Monopolstellung der amerikanischen Währung beenden und ihrerseits zur globalen Reservewährung aufsteigen.

Fallstudien

Nach komplexen und langwierigen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft kam es mit dem Vertrag von Maastricht 1992 zur Legung der institutionellen Grundlagen und im Lauf der 1990er Jahre zu weiteren vorbereitenden Schritten (u.a. zur Gründung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main), bevor im Mai 1998 die Staats- und Regierungschefs die Einführung des Euro beschlossen. Zum 1. Januar 1999 wurde die neue Währung in elf Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) eingeführt. Im Folgenden soll anhand von drei Ländern ein Blick auf die Folgen der gemeinsamen Währung geworfen werden.

Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland war die Unterstützung für die Einführung der gemeinsamen Währung über praktisch das gesamte politische Spektrum stark gewesen. Von einzelnen abweichenden Stimmen abgesehen war man sich einig, dass die Stabilität einer gemeinsamen Währung sowie die Orientierung der Europäischen Zentralbank an der Funktionsweise der Bundesbank eindeutig im deutschen Interesse war. Die Bundesbank selbst, den Abstieg von der dominanten geldpolitischen Kraft in Europa zur Filiale der neuen Zentralbank vor Augen, war in den Verhandlungen zwar zögerlich gewesen, jedoch letztlich nicht in der Lage, sich dem expliziten Willen der Regierung von Helmut Kohl zu widersetzen. Doch die wirtschaftliche Entwicklung nach



Abb. 2 »Die Europäische Zentralbank«

© dpa Infografik

Einführung des Euro war zunächst schwierig. Die Bundesrepublik hatte erst 1990 den ökonomischen Schock der deutschen Einheit hinnehmen müssen und das folgende Jahrzehnt mit der Verarbeitung verbracht. Die Überführung der zusammengebrochenen DDR-Wirtschaft von der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft war kostspielig und konfliktreich gewesen. Die deutsche Volkswirtschaft litt unter hoher Arbeitslosigkeit und vergleichsweise geringem Wirtschaftswachstum. Die neue Währung erwies sich in dieser Situation zunächst keinesfalls als Hilfe, sondern eher als Nachteil: Die supranationale Geldpolitik der EZB konnte auf die Besonderheiten der bundesdeutschen Situation keine Rücksicht nehmen, sondern musste sich an der Gesamtsituation in der Eurozone orientieren. Und da die meisten Volkswirtschaften gute Wachstumsraten aufwiesen – oft als Reaktion auf die Einführung der gemeinsamen Währung –, musste eine auf die Aufgabe der Erhaltung der Geldwertstabilität ausgerichtete Zentralbank die Zinsen erhöhen, auch wenn für die bundesrepublikanische Situation deren Senkung (mit ihrer wirtschaftsankurbelnden Wirkung) eher die richtige Maßnahme gewesen wäre.

Zudem hatte die Bundesrepublik gegenüber vielen anderen Mitgliedstaaten der Eurozone einen Vorteil verloren: Als Land mit traditionell niedriger Inflationsrate (also hoher Geldwertstabilität) waren die bundesdeutschen Kapitalmarktzinsen immer die im Vergleich niedrigsten gewesen; in vielen anderen Staaten, in denen höhere Inflationsraten die Regel waren, hatten die Märkte entsprechende Aufschläge auf den Zins (als Kompensation der höheren Inflation) vorgenommen. Mit der Einführung der einheitlichen Währung sowie der Fokussierung der EZB auf das Ziel der Geldwertstabilität hatte sich jedoch die Erwartung niedriger Inflationsraten in allen Teilnehmerländern durchgesetzt und die Zinsen waren dort auf das deutsche Niveau gefallen. Das wirkte wie ein Konjunkturprogramm und kurbelte das wirtschaftliche Wachstum an – ein Effekt, den es in Deutschland (und anderen Niedriginflationsländern wie Österreich, den Niederlanden oder auch Frankreich) im Gegensatz zu Italien, Portugal, Spanien oder Griechenland nicht gab.

Bis 2005 lag die bundesdeutsche Wachstumsrate deutlich unter dem Durchschnitt der restlichen Länder der Eurozone. Aber mit der Zeit wirkten auch die positiven Faktoren der Währungsunion für Deutschland und änderten die Situation. Unterstützt von der Verabschiedung entschlossener wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (»Agenda 2010«) begannen die traditionell den Preisauftrieb dämpfenden Charakteristika des deutschen Lohnaushandlungssystems dem



Abb. 3 »Großdemonstration vor dem griechischen Parlament in Athen im Jahr 2015 gegen die Austeritäts- bzw. Sparpolitik, die die europäischen Kreditgeber EZB und EU von der griechischen Regierung verlangt«
© picture alliance/ ZUMA Press

Die Wirtschaftsleistung, die im Lauf der 1990er Jahre solide gewachsen war, zog zu Beginn des neuen Jahrhunderts deutlich an. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 Prozent pro Jahr gehörte Griechenland zwischen 2000 und 2005 zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften im gesamten Euro-Raum. Die Lücke zu den reicheren Ländern in Europa schien sich rasch zu schließen, zumal eine Revision der Daten des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 (zur Anpassung an europäische Regeln) dieses zusätzlich nach oben korrigierte. Die Erhöhung wurde auf das Wachstum des Dienstleistungssektors zurückgeführt, auf Liberalisierungen bei der Produkt- und Finanzmarktregulierung sowie auf eine erhebliche Reduzierung der Kreditkosten durch den Beitritt zur europäischen Währungsunion. Probleme gab es allerdings durch eine erheblich über dem Durchschnitt der Euro-Länder liegende Inflationsrate sowie sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit, die sich in stark steigenden Lohn-

Land deutliche Vorteile bei der Entwicklung der Lohnstückkosten (einer Messgröße für Wettbewerbsfähigkeit) zu zeigen. Hohes Wachstum hatte in vielen Ländern der Eurozone zu erheblichen Lohnsteigerungen geführt und so die Wettbewerbsfähigkeit gemindert; doch das früher probate Mittel zur Korrektur (die Abwertung der eigenen Währung) stand aufgrund der gemeinsamen Währung nun nicht mehr zur Verfügung. Wachsende Exporterfolge der deutschen Wirtschaft schlugen sich nun auch in steigendem Wirtschaftswachstum nieder, während für viele der in den vergangenen Jahren rasch wachsenden Eurozoneländer Zeiten geringen Wachstums anbrachen.

Die Finanzmarktkrise nach 2008 bewältigte die Bundesrepublik deutlich besser als viele andere Länder. Konzertiertes Handeln zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften verhinderte Massenentlassungen trotz eines drastischen Wirtschaftseinbruchs (im Jahr 2009 ging das Bruttoinlandsprodukt um 4,9 Prozent zurück, die Exporte fielen sogar um 14,2 Prozent!). Nach dem Ende der unmittelbaren Krisenzeit war die Bundesrepublik daher gut in der Lage, der wieder wachsenden internationalen Nachfrage zu entsprechen. Obwohl die internationale Finanzmarktkrise nach 2008 auch in der Bundesrepublik Kosten durch die Rettung von in Schwierigkeiten geratenen Banken verursachte (insbesondere in den Fällen IKB Deutsche Industriebank sowie die Landesbanken von Sachsen und Nordrhein-Westfalen), geschah dies im Vergleich zu vielen anderen Staaten auf eher niedrigem Niveau. Von der Staatsschuldenkrise in der Eurozone, die sich ab 2010 entwickelte, war die Bundesrepublik selbst nicht betroffen, auch wenn sie bei der Politik zu ihrer Lösung auf der europäischen Ebene als wichtiges und wirtschaftsstarkes Land eine zentrale Rolle spielen musste.

Griechenland

Griechenland trat dem Euro als erstes zusätzliches Land nach der Gründungsgruppe im Jahr 2001 bei. Nach dem Beitritt zur Schengen-Zone war der Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2000, Griechenland in den Euro aufzunehmen, ein Erfolg für die griechische Regierung gewesen und ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur tieferen Einbindung in die europäische Integration. Sowohl die EU-Kommission als auch die EU-Finanzminister hatten dem Land bestätigt, die Kriterien für die Aufnahme (die es 1998 noch verfehlt hatte) zu erfüllen; lediglich die Staatsverschuldung lag mit 103,9 Prozent noch über dem Schwellenwert von 60 Prozent.

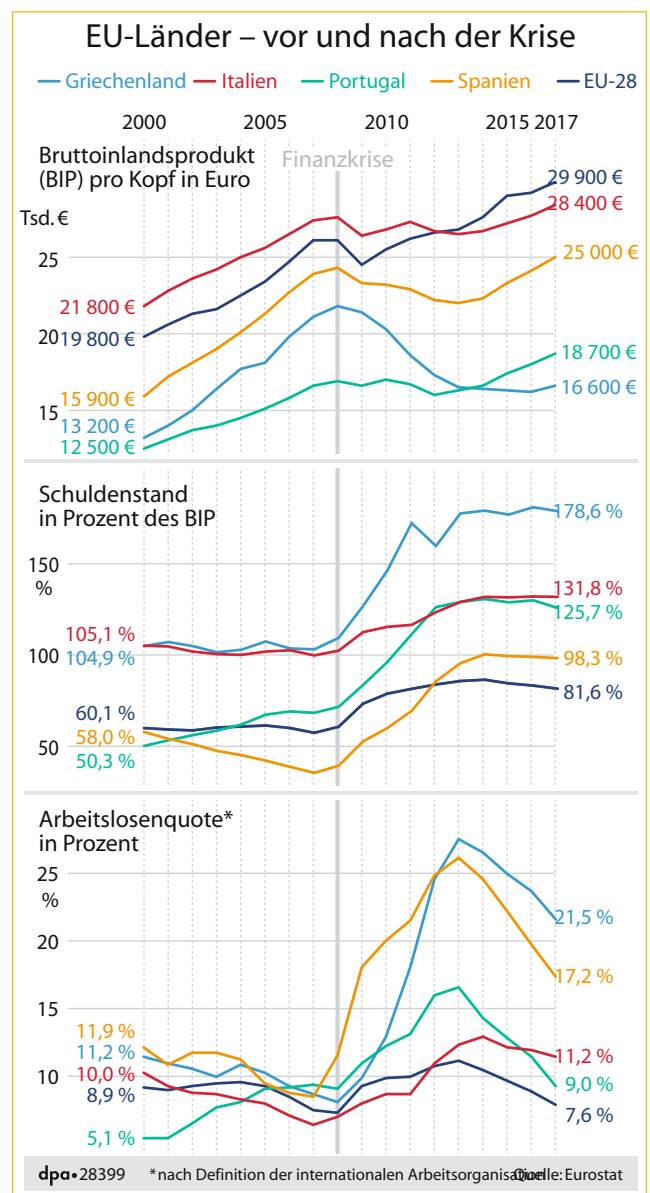


Abb. 4 »Daten zu Krisenstaaten in der EU«

© dpa Infografik

stückkosten niederschlug. Im November 2009 nahm die neue Regierung unter Ministerpräsident Papandreou eine weitere Korrektur von Statistik vor, diesmal im Bereich des Staatsdefizits. Für das Jahr 2009 wurde seine erwartete Höhe mehr als verdoppelt, auf 12,7 Prozent des BIP. Da das Land bereits hoch verschuldet war, kam es zu einer Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten, die sich in einer Abwertung seiner Bonität und einem erheblichen Anstieg der Zinsen für griechische Staatsschuldtitel niederschlug. Befürchtungen wuchsen, dass das Land die Zinsen und die aufgelaufenen Schulden (in den kommenden fünf Jahren 240 Mrd. US-Dollar) nicht werde begleichen können. Es drohte ein Staatsbankrott.

Da der Vertrag von Maastricht (die Grundlage der Währungsunion) direkte finanzielle Hilfe für die Staatshaushalte der Mitgliedsstaaten ausschloss, war die Europäische Union in einer schwierigen Situation. Sie wollte ein Übergreifen der Krise auf weitere fiskalisch schwache Euro-Länder (wie Portugal, Irland und Spanien) verhindern und Zweifel an der Beständigkeit der Währungsunion ausräumen. Deshalb beschlossen die EU-Finanzminister im Mai 2010 ein »Rettungspaket« mit Krediten an Griechenland in Höhe von 80 Mrd. Euro im Gegenzug für harte Sanierungsmaßnahmen, mit denen das griechische Parlament (trotz heftiger Proteste und Streiks) den Staatshaushalt mittelfristig wieder ausgleichen wollte. Weitere EU-Kreditgarantien für Griechenland folgten, aber die wirtschaftliche Anpassungskrise war tief und hart. Die sozialen Proteste führten zur Abwahl der Regierung, doch auch die neue Regierung unter Ministerpräsident Tsipras verfolgte (trotz zunächst gegenteiliger Behauptungen) den Konsolidierungskurs, wenn auch verlangsamt. Erst 2017 kehrte die griechische Wirtschaft auf einen stabilen Wachstumskurs zurück, nach acht Jahren der Schrumpfung bzw. Stagnation.

■ Irland

Irland hat in den letzten Jahrzehnten den Weg von einem wirtschaftlich wenig entwickelten Land zu einem der wohlhabenden EU-Länder gemacht. Früher chronisch hohe Arbeitslosigkeit sank bis auf ein Niveau, auf dem Ökonomen von Vollbeschäftigung sprechen; Bruttoinlandsprodukt und Einkommen stiegen beständig (im Durchschnitt der 1990er Jahre um 7,9 Prozent pro Jahr), so dass das Land oft (in Anlehnung an die wirtschaftlich sehr erfolgreichen südostasiatischen »Tigerstaaten« Südkorea, Hongkong, Singapur und Taiwan) als »keltischer Tiger« bezeichnet wurde. Dies gelang durch eine Öffnung der Volkswirtschaft für ausländische Direktinvestitionen, vor allem im ICT-Bereich (die europäischen Niederlassungen amerikanischer Großunternehmen wie Apple, Dell, Intel und Microsoft sind alle in Irland), niedrige Unternehmenssteuern sowie den Aufbau eines gering regulierten Bankensystems.

Die hohe wirtschaftliche Offenheit, relativ hohe Inflationsraten (oft eine Folge hohen wirtschaftlichen Wachstums) sowie ein Immobilienboom, der durch die leichte Erhältlichkeit von Krediten angefacht war, brachten aber auch hohe Risiken mit sich. So war Irland besonders stark von der Krise der ICT-Industrie zu Beginn des Jahrhunderts betroffen, auch wenn das lediglich einen Rückgang der jährlichen Wachstumsrate von 9 Prozent (2000) auf 2,7 Prozent (2002) mit sich brachte – immer noch ein Vielfaches der damals beinahe stagnierenden deutschen Wachstumsrate.

Noch vor Beginn der Finanzmarktkrise begann der irische Immobiliensektor zu Beginn des Jahres 2007 zu schrumpfen; die Krise verschärfte die Situation noch und wurde weiter angeheizt durch die weltweite Rezession in ihrem Gefolge, welche auf offene

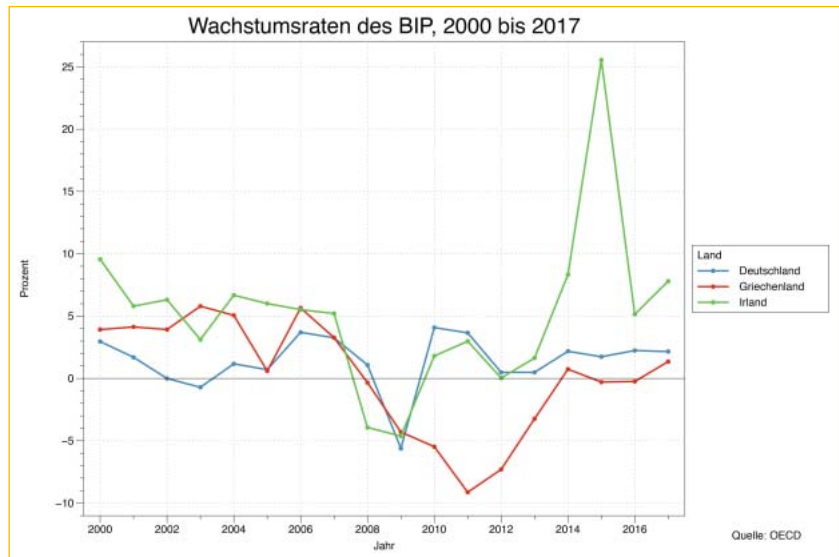


Abb. 5 »Wachstumsraten des BIP in Deutschland, Griechenland und Irland«

© Andreas Busch

Volkswirtschaften besonders heftig durchschlug. Der irische Staat musste massiv eingreifen, um einen Zusammenbruch des aufgeblasenen Finanzsektors zu verhindern. Eine teilweise Übernahme notleidender Kredite durch eine eigens gegründete staatliche Agentur sowie die komplette Verstaatlichung der Anglo Irish Bank im Jahr 2009 führten zu einem starken Ansteigen der Staatsverschuldung. Trotz anfänglicher Beteuerung, Irland brauche keine Finanzhilfe durch die EU, kam es im November 2010 einem dreijährigen Hilfspaket in Höhe von 85 Mrd. Euro durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Durch eine strikte Anpassungspolitik, die Steuererhöhungen, Kürzungen von Sozialausgaben sowie weiteren Staatsausgaben beinhaltete, wurde die Krise bewältigt. Bereits ab 2013 begannen die stark gestiegene Arbeitslosenrate sowie die explodierte Staatsverschuldung wieder zurückzugehen, das Bruttoinlandsprodukt wieder (und zum Teil stark) zu steigen. Eine Verschärfung der Bankenaufsicht sowie weitere Reformen sollten eine Wiederkehr der Krise verhindern.

Vergleicht man abschließend die drei kurzen Fallstudien, so wird vor allem die Unterschiedlichkeit der nationalen Erfahrungen deutlich. Während für die Bundesrepublik der Einfluss des Euro auf die nationale Wirtschaft zu Beginn eher negativ war und sich dann positiv wendete, erfreuten sich sowohl Griechenland wie auch Irland durch die Einführung der gemeinsamen Währung zunächst eines wirtschaftlichen Wachstum verstärkenden Effekts. Beide Länder hatten in der Dekade nach Mitte der 1990er Jahre eine exzellente Wirtschaftsentwicklung, wurden jedoch dann von Krisen getroffen, die zum Teil auf eigene Versäumnisse zurückzuführen waren. Die gestiegene internationale wirtschaftliche Verflechtung, die sich in der Einführung des Euro manifestierte und zunächst positiv gewirkt hatte, hatte nun auch Nachteile – etwa die fehlende Möglichkeit zur Abwertung der nationalen Währung. Andererseits verschafften die europäischen Institutionen auch zusätzliche Möglichkeiten zur Krisenbewältigung, etwa durch die Gewährung von Krediten und Kreditgarantien. Weiter unterschiedlich zeigen sich auch die politischen Reaktionen der beiden letztgenannten Länder hinsichtlich der Krise: Während in Irland relativ entschlossene Maßnahmen eine scharfe, aber auch relativ kurze Phase wirtschaftlicher Anpassung (mit den Folgen von Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und sozialer Härten) auslösten, zog sich die Krise in Griechenland aufgrund des Fehlens einer glaubwürdigen Krisenbewältigungsstrategie und schwacher sowie in der Zielsetzung schwankender politischer Führung mehr als doppelt so lange hin. Die sozialen Härten und politischen Kosten waren daher weitaus größer als im irischen Fall.

Der Euro als Weltwährung?

Neben den Vorteilen einer einheitlichen Währung im europäischen Binnenmarkt hatte noch ein weltwirtschaftlicher Aspekt bei der Schaffung des Euro Pate gestanden, nämlich die Schaffung eines Gegengewichts zum globalen Monopol des US-Dollar als Reservewährung. Unter einer Reservewährung wird eine Währung verstanden, die in relevanter Höhe auch von ausländischen Akteuren wie Regierungen und Zentralbanken als Teil ihrer Währungsreserven gehalten wird, mithin nicht nur im nationalen Rahmen zum Einsatz kommt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der US-Dollar (dem im System von Bretton Woods die Rolle einer Ankerwährung zukam) hauptsächliche Reservewährung der Welt und hatte das britische Pfund (die bis dahin bevorzugte Reservewährung) abgelöst. Dies reflektierte die Größe des US-amerikanischen Marktes, die Bedeutung der USA im weltweiten Handel, ihre wirtschaftliche Stabilität sowie die Größe und Liquidität des US-amerikanischen Finanzplatzes. Reservewährung zu sein bringt Vorteile – sich in der eigenen Währung verschulden zu können, ist nur einer davon, aber ein wichtiger. Staaten halten Reserven ausländischer Währung, um damit gegebenenfalls den Wechselkurs der nationalen Währung in die gewünschte Richtung beeinflussen zu können. Wird die eigene Währung in signifikantem Ausmaß von anderen gehalten, entsteht dadurch ein »Seignoragegewinn«. Auch der Einfluss der eigenen Geldpolitik auf das weltweite Wirtschaftsklima ist für eine Reservewährung größer; zudem wird der internationale Handel für die heimischen Unternehmen leichter, da bei Abrechnung in der eigenen Währung ein Wechselkursrisiko entfällt.

Dem US-Dollar seine weitgehende Monopolstellung streitig zu machen, war ein Motiv bei der Gründung der europäischen Währungsunion. Auch wenn der Dollar heute weiterhin die dominante Reservewährung der Welt ist, so hat der Euro doch einen unangefochtenen zweiten Platz erobert. Die Rolle des japanischen Yen sowie des chinesischen Renminbi sind demgegenüber vernachlässigbar. Internationale Schulden und Kredite sind nach Angaben der Europäischen Zentralbank zu gut 60 Prozent in US-Dollar denominated, zu gut 20 Prozent in Euro. In sehr ähnlicher Größenordnung bewegen sich die aufsummierten weltweiten Währungsreserven – im Jahr 2016 waren davon 64 Prozent in US-Dollar und 20 Prozent in Euro denominated. Yen und britisches Pfund lagen bei jeweils etwa 4 Prozent. Betrachtet man internationale Zahlungen, so wurden diese zu 42 Prozent in US-Dollar und zu 31 Prozent in Euro durchgeführt.

Diese Zahlen belegen, dass die Etablierung der europäischen Gemeinschaftswährung als weltweite Reservewährung gelungen ist. Dem US-Dollar ist ein Konkurrent erwachsen, der zwar nicht auf Augenhöhe agiert, aber der die Abhängigkeit der Welt von einer einzigen Währung verringert hat. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die US-Regierung teilweise in der Vergangenheit die Vorteile der Dominanz ihrer Währung ausgenutzt hat (*«Der Dollar mag unsere Währung sein, aber er ist euer Problem»*, wie es Nixons Finanzminister John Connally in den 1970er Jahren auf den Punkt brachte), ist dadurch weniger wahrscheinlich geworden, weil ihre Kosten gestiegen sind.

Der Euro als Chance, die bewahrt werden muss

Die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung im Jahr 1999 war der bisher substantiellste Schritt von Vergemeinschaftung, der in knapp 70 Jahren europäischer Integration vorgenommen wurde. Mit der Hoheit über die Währung wurde dabei ein zentraler Teil von Staatlichkeit der nationalen Ebene entzogen und auf der supranationalen Ebene angesiedelt. Angesichts der Größe dieses Schrittes ist es nicht verwunderlich, dass es bis heute politische Kontroversen darum gibt, ob dies eine kluge Entscheidung war. Während einige der verlorenen wirtschaftspolitischen Steuerungsfähigkeit durch Auf- und Abwertung der

nationalen Währung nachtrauern, hat der Euro jedoch breite Unterstützung in der Bevölkerung der Mitgliedstaaten gewonnen. Nach Angaben des Eurobarometers von Oktober 2017 glauben 64 Prozent der Befragten, dass die gemeinsame Währung gut für ihr Land sei (der höchste Wert seit 2002), und 74 Prozent glauben, der Euro sei gut für die Europäische Union. Lediglich 25 Prozent denken, der Euro sei schlecht für ihr Land. In der Bundesrepublik halten sogar 76 Prozent den Euro für gut für das Land, in Irland gar 85 Prozent. Lediglich 16 bzw. 9 Prozent halten ihn für schlecht. Die Meinungsumfragen zeigen demnach eine eindeutige Antwort auf die im Titel gestellte Frage, zumindest in der übergroßen Mehrheit der Länder (lediglich in Litauen hat eine Mehrheit eine negative Einstellung zum Euro). Dabei haben unsere kurzen Fallstudien deutlich gemacht, dass die konkreten Erfahrungen mit der gemeinsamen Währung in den Ländern sehr unterschiedlich waren. Ob sich in Zukunft eine größere Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, wird man sehen müssen. Klar ist jedenfalls, dass die gemeinsame Währung nur Optionen auf bestimmte Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung gibt, diese aber nicht determiniert. Wie im Kontrast der Fälle Bundesrepublik, Irland und Griechenland deutlich wurde, sind es immer noch vor allem die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der nationalen Regierungen, ihr politisches Tun und Lassen, die den Haupteinfluss auf die nationalen Leistungsprofile (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, Inflation etc.) haben. Zwar ist deren Manövrierpielraum durch die gemeinsame Währung in Teilen eingegrenzt, doch stehen dem neue Chancen und auch (wie im Fall der finanziellen Hilfspakete in der Staatsschuldenkrise gesehen) Solidaritätsreserven gegenüber. Andererseits haben die politischen Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass eine so differenzierte Betrachtung nicht jedermanns Sache ist: Populistische Politiker nutzen in vielen Ländern der Eurozone den Euro als Sündenbock und suggerieren, dass durch einen Austritt aus der gemeinsamen Währung Autonomie zurückzugewinnen wäre. Dass diese mit einem sehr hohen Maß an wirtschaftlichen Kosten verbunden wäre, wird nicht erwähnt. Doch ist es ein Faktum, dass ein Verzicht auf die aus der Gemeinschaftswährung entstandenen Effizienzgewinne mit drastischen Wohlfahrtsverlusten einherginge. Insoweit birgt die Entscheidung für diesen Integrationsschritt ein erhebliches Maß an Irreversibilität. Dennoch bedeutet das keinen Automatismus. Vielmehr ist der Euro eine Chance, die aktiv bewahrt werden muss – durch verantwortungsvolles Verhalten aller an diesem Gemeinschaftsprojekt beteiligten Länder.

Literaturhinweise

Europäische Gemeinschaften (Hrsg.) (1991): Ein Markt – eine Währung. Potentielle Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Studie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Bonn: Economica-Verlag

Busch, Andreas (2010): Der Euro als Vorteil und Nachteil für Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43, 26–32

Ohr, Renate/Horn, Gustav A. (2015): Der Euro und die Schuldenkrise kontrovers, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52, 35–42

Website der Europäischen Zentralbank: www.ecb.europa.eu/ecb/html/index.de.html

Website der Deutschen Bundesbank: www.bundesbank.de/Navigation/DE/Home/home_node.html

MATERIALIEN

M 1 »Der Euro und die Schuldenkrise kontrovers«, bpb, Aus Politik und Zeitgeschichte, 52/2015

In der Debatte um die Finanz- und Schuldenkrisen im Euroraum, insbesondere in Griechenland, und deren Bewältigung gibt es eine Reihe wiederkehrender, teils höchst umstrittener Fragen. Die APuZ-Redaktion hat sieben von ihnen formuliert und Renate Ohr und Gustav A. Horn unabhängig voneinander vorgelegt. (...)

APUZ: Kamen die Währungsunion und der Euro zu früh? Was sind die Grundprobleme der Konstruktion des gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraums?

Gustav Horn: Nach dem Zweiten Weltkrieg, als es in die zweite weltpolitische Reihe versetzt worden war, entstand die Vision eines durch Integration wiedererstarkenden friedlichen Europas. Vieles wurde über die Jahrzehnte erreicht: die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und deren politische Vertiefung und Erweiterung durch die EU, insbesondere nach dem Fall der Mauer in Richtung Osteuropa. Die Einführung des Binnenmarktes und die zeitweise Fixierung der Wechselkurse waren weitere Meilensteine auf diesem Weg. Die Einführung des Euro sollte diesen Bestrebungen vor der Kulisse der deutschen Vereinigung eine zusätzliche Qualität verleihen. In Deutschland war der Euro vor allem aus ökonomischen Gründen umstritten. Es herrschten weit verbreitete Zweifel, ob die EZB angesichts der hohen Inflationsraten in einigen Mitgliedsländern in der Lage sein würde, eine binnen- wie außenwirtschaftlich stabile Währung zu schaffen. Grundsätzlicher noch, hegte insbesondere die Bundesbank Bedenken, ob nicht vor Beginn der Währungsunion und mit der Einführung einer gemeinsamen Geldpolitik weitergehende Konvergenz in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik vonnöten sei. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die aktuellen Schwierigkeiten stellt sich die Frage, ob die damals von der Bundesbank empfohlene Strategie nicht die bessere gewesen wäre. Die Idee der Befürworter war jedoch, dass der Euro die Integrationsbemühungen beflügeln sollte, da die Volkswirtschaften des Euroraums durch die gemeinsame Währung nicht zuletzt durch engere Handelsverflechtungen in eine stärkere wechselseitige Abhängigkeit geraten würden, die auch wirtschaftspolitisch hätte begleitet werden müssen. Im Idealfall hätte sich ein stetiger Prozess in Richtung wirtschaftliche und politische Integration herausgebildet.

Dieser Idealfall ist nicht eingetreten. Politisch wurde dies in Deutschland als Ablehnung einer Transferunion (»no-bailout«) formuliert. Gravierender war aber, dass nicht einmal die elementaren Grundlagen der Währungsunion beachtet wurden. Insbesondere wurde übersehen, dass, wie bereits erwähnt, mit dem Eingehen der Währungsunion bereits ein Verzicht auf nationale Souveränität geleistet wurde, nämlich das Recht auf eine eigenständige Geldpolitik. Dies mag den Wirtschaftspolitikern in den Mitgliedstaaten noch bewusst gewesen sein, aber offenkundig nicht, in welcher Weise sich damit ihr Handlungsspielraum veränderte. Denn entweder musste man sich dann auch auf nationaler Ebene an das gemeinsame Inflationsziel halten oder aber doch eine flankierende und kompensierende europäische Finanzpolitik akzeptieren. Letzteres war wegen der Ablehnung einer Transferunion nicht gewollt, ersteres wurde nicht gesehen. Folglich wurden die Gefahren vernachlässigt, die sich für die Stabilität des Euroraums aus den divergierenden Inflationsraten ergaben. Abweichende Inflationsraten bedeuten, dass die Volkswirtschaften durch reale Aufwertungen, wenn ihre Inflationsraten relativ hoch sind, beziehungsweise reale Abwertungen, wenn sie relativ niedrig sind, ihre Wettbewerbsposition verändern. Erstere verlieren, und ihre Leistungsbilanz wird nach einiger Zeit negativ. Letztere gewinnen und erzielen auf längere Sicht Überschüsse im Außen-



M 2 »EZB-Chef Mario Draghi: Greif zu!«

© Gerhard Mester, 2015

handel (wie beispielsweise Deutschland). Erstere verschulden sich damit zunehmend, letztere hingegen häufen Auslandsvermögen an. Damit baut sich eine potenzielle Krisenlage auf, bei der die erste Gruppe wegen hoher privater oder öffentlicher Verschuldung Finanzierungsschwierigkeiten auf den globalen Finanzmärkten bekommt.

Renate Ohr: In einer Währungsunion verlieren die Mitgliedsländer zwei nationale wirtschaftspolitische Instrumente – die Geldpolitik und die Wechselkurspolitik. Dies ist problematisch, solange noch unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen, divergierende endogene und exogene ökonomische Störungen oder unterschiedliche wirtschaftspolitische Zielvorstellungen vorliegen. Denn für eine reibungslos funktionierende Währungsunion muss eine Geld- und Währungspolitik definierbar sein, die zu allen beteiligten Mitgliedsländern gleichermaßen gut »passt« (»one size fits all«). Da zugleich der Wechselkurs als monetärer Puffer zur Abfederung unterschiedlicher ökonomischer Entwicklungen wegfällt, müssten gegebenenfalls andere Ausgleichsmechanismen in Kraft treten. Dies könnte eine verstärkte Arbeitskräftemobilität sein, stärkere Differenzierungen in der Lohngestaltung, hohe Lohn- und Preisflexibilität oder aber fiskalische Ausgleichsmechanismen. Existieren jedoch Mobilitäts- beziehungsweise Flexibilitätseinschränkungen, so entsteht nicht die gewünschte Konvergenz der Wirtschaftsentwicklungen, sondern Divergenz, die verstärkte ökonomische und politische Spannungen auslöst. Letzte Konsequenz ist eine Abkehr von einer vorrangig an Preisstabilität orientierten Geldpolitik und/oder ein umfangreicher grenzüberschreitender Finanzausgleich oder ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaft. In der Vergangenheit haben Währungsunionen ohne Aufgabe der nationalen Souveränität der Mitgliedsländer (politische Union) nicht überleben können. Vor dem Hintergrund der sehr großen wirtschaftlichen, sozialen und interessenpolitischen Divergenzen in der Eurozone bei gleichzeitig mangelnder Bereitschaft, entscheidende nationale Kompetenzen abzugeben, muss man sagen: Ja, der Euro kam – zumindest für einige Länder – zu früh. Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne Europa über den Euro zusammenzwingen. Stattdessen gefährdet die gemeinsame Währung sogar ein – vielleicht langsames, aber dafür konfliktfreieres – Zusammenwachsen der noch immer recht unterschiedlichen EU-Partner.

© www.bpb.de/apuz/217312/der-euro-und-die-schuldenkrise-kontrovers?p=all